

**16625/J XXVII. GP**

---

**Eingelangt am 18.10.2023**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ANFRAGE**

des Abgeordneten Peter Wurm  
an den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft  
betreffend **Shrinkflation: Lebensmittel schrumpfen, Preise steigen – Gesetz wie in Frankreich gefordert**

Die Organisation foodwatch Österreich hat am 14. September 2023 folgenden Bericht veröffentlicht:<sup>1</sup>

***Shrinkflation: Lebensmittel schrumpfen, Preise steigen – Gesetz wie in Frankreich gefordert***

*foodwatch Österreich startet heute E-Mail-Protest an die österreichische Bundesregierung*

*Lebensmittel schrumpfen, Preise steigen – meist ohne, dass Konsumenten darüber informiert werden. Shrinkflation heißt das Phänomen, dem Frankreich jetzt per Gesetz Einhalt gebieten will. **foodwatch Österreich** fordert ab heute Vertretern der Bundesregierung mit einer breit angelegte **E-Mail-Aktion** auf, es Frankreich gleich zu tun.*

*Mit Shrinkflation versuchen Hersteller durch Füllmengenreduktion eine Preissteigerung zu verschleiern. Der Preis am Supermarktregal bleibt in einigen Fällen vorerst gleich. Oft wird er aber noch zusätzlich angehoben. Auf den Kilo gerechnet ist das Produkt jedenfalls teurer. Nachvollziehbar ist das nur für Konsumenten, die Füllmengen und Preise immer exakt im Kopf haben. Hinweise zum geschrumpften Inhalt gibt es derzeit weder auf der Verpackung noch am Supermarktregal.*

*„Eine Verringerung der Füllmenge – bei gleichzeitiger Preissteigerung – ohne die Konsument\*innen zu informieren, das ist ein klares No Go. Wir fordern die Vertreter\*innen der österreichischen Bundesregierung deshalb heute auf, für eine klare Kennzeichnung auf der Verpackung und am Supermarktregal zu sorgen. Die Masche der versteckten Teuerung muss der Vergangenheit angehören“, fordern Lisa Kernenegger und Heidi Porstner, Leiterinnen von foodwatch Österreich.*

---

<sup>1</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20230914OTS0053/shrinkflation-lebensmittel-schrumpfen-preise-steigen-gesetz-wie-in-frankreich-gefordert](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20230914OTS0053/shrinkflation-lebensmittel-schrumpfen-preise-steigen-gesetz-wie-in-frankreich-gefordert)

*Frankreich hat in den vergangenen Tagen einen Vorstoß gewagt: Dort hat der Wirtschaftsminister Bruno Le Maire angekündigt, gesetzlich gegen Shrinkflation – die versteckte Preissteigerung – vorzugehen. Hersteller sollen verpflichtet werden, die Konsument\*innen zu informieren, wenn der Inhalt eines Produkts weniger wird, der Preis aber nicht sinkt.*

*Der heute gestartete E-Mail-Protest von foodwatch Österreich richtet sich an Bundeskanzler Karl Nehammer, Vize-Kanzler Werner Kogler, Wirtschaftsminister Martin Kocher und Konsumentenschutzminister Johannes Rauch. Sie sollen dem Beispiel Frankreichs folgen und ebenfalls ein entsprechendes Gesetz auf den Weg bringen.*

*Belege für das Phänomen Shrinkflation gibt es auch in Österreich in wachsender Zahl. Foodwatch bekommt immer wieder Hinweise von verärgerten Konsumenten zu verringerten Füllmengen. Betroffen sind alle Arten von Lebensmitteln: von Grundnahrungsmitteln wie Käse über Müsli bis hin zu Knabberereien.*

**Einige Beispiele:**

- **Soletti** haben 8 Prozent Inhalt verloren, der Preis ist um 22 Prozent gestiegen.
- **Schärdinger Geheimratskäse** hat 12 Prozent weniger Inhalt. Der Preis ist um 31 Prozent gestiegen.
- Bei **Ovomaltine Crunchy Müsli** ist der Inhalt um 10 Prozent geschrumpft - dafür zahlt man um 13 Prozent mehr.

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft nachstehende

**Anfrage**

1. Wie beurteilen Sie als zuständiger Wirtschaftsminister das Faktum, dass aktuell Lebensmittel schrumpfen und Preise steigen (Shrinkflation) – meist ohne, dass Konsumenten darüber informiert werden?
2. Wie könnte man aus Ihrer Sicht hier gegensteuern?
3. Ist das ein Thema Ihrer „laufenden“ Kontakte bzw. Gespräche mit der Lebensmittelindustrie und dem Lebensmittelhandel?
  - a. Wenn ja, welche Ergebnisse gibt es in diesem Zusammenhang?
4. Welche wettbewerbsrechtlichen und konsumentenschutzrechtlichen Maßnahmen könnte man hier aus Ihrer Sicht als zuständiger Wirtschaftsminister treffen?
5. Könnte hier insbesondere die Bundeswettbewerbsbehörde bzw. das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen eingeschaltet werden?